

*Bulletin des*  
EUROPÄISCHEN KULTURZENTRUMS

EUROPA  
IN  
TATSACHEN



SONDERNUMMER 1958

Der Konflikt zwischen den beiden führenden Mächten ist eine natürliche Folge ihrer verschiedenartigen Auffassungen und Expansionskräfte. Die gegenwärtige Lage Europas ist das Spiegelbild dieses mehr oder weniger offenen Zusammenstosses: Durch eine undurchlässige Wand in ein westliches und ein östliches Lager gespalten, sieht sich Europa zahlreichen Widersprüchen ausgeliefert. *Europa lebt in der Angst vor den Russen und von der Wohltätigkeit der Amerikaner*, erklärte P.-H. Spaak in Strassburg. Dies bedeutet, in Zahlen ausgedrückt: 330 Millionen Menschen leben in der Angst vor 200 Millionen und von der Wohltätigkeit von 166 Millionen! Doch die Europäer sehen sich bloss als 43 Millionen (Franzosen), 9 Millionen (Belgier), 4 Millionen (Dänen) — also als viel zu gering.

Die neuen Grundlagen der modernen Wirtschaft stehen im Widerspruch zur politischen Aufspaltung Europas. Während die beiden dominierenden Mächte ihre wirtschaftlichen Kräfte und ihre Macht auf weite Flächen konzentrieren, bleibt Europa gespalten. *Der Nationalismus, der zuvor die Quelle wirtschaftlicher und politischer Expansionstriebkräfte der europäischen Staaten war, erweist sich heute als das stärkste Hindernis für die Auswertung und Entfaltung des menschlichen und produktiven Potentials Europas.*

In dieser Hinsicht üben die USA einen doppelten Einfluss aus: einerseits facht die wirtschaftliche und militärische Unterstützung Amerikas trotz seiner Bemühungen, die Empfängerstaaten zusammenzufassen (Marshallplan, NATO), die alten nationalen Rivalitäten der letzteren an; andererseits veranlassen es die Bedürfnisse der gemeinsamen Verteidigung gegen den Kommunismus, eine der «Integration» Europas günstig gesinnte Politik zu verfechten, um unseren Kontinent auf diese Weise zu befähigen, sich selbst zu verteidigen und aus eigenen Mitteln zu existieren.

Die UdSSR fürchtet diese Einigung Europas und sucht die Spaltung des Kontinents zu fördern. Ihre Aussenpolitik strebt danach, die Zwistigkeiten der Vergangenheit wieder aufleben zu lassen und jede effektive Annäherung durch das Versprechen einer zweiseitigen Regelung (Wiedervereinigung Deutschlands usw.) zu verhindern. Ihre wirkungsvollste Aktion geht jedoch im Innern der europäischen Länder vor sich; auf Grund der Stärke der kommunistischen Parteien vor allem in zwei grossen Parlamenten, ist sie in der Lage, auf die europäischen Regierungen einen wesentlichen Druck auszuüben (Schiffbruch der EVG, zum Beispiel). Diese Anziehungskraft fördert die Spaltungerscheinungen im Innern der Nationalstaaten.

Auf diese Weise wird die Trennung in Nationen durch eine innerstaatliche ideologische Spaltung der einzelnen Völker erweitert. Beide Strömungen haben trotz ihres entgegengesetzten Charakters die gleichen Wirkungen und zerteilen die grundlegende Einheit Europas.

## Die Einigung — Eine Tat des Willens

### 5. KAPITEL

#### POLITISCHE NOTWENDIGKEIT DER EINIGUNG: DIE EUROPÄISCHE UNABHÄNGIGKEIT

Vor 1914 war die Weltherrschaft der europäischen Mächte unbestritten. Sie wurden in ihrer Ausdehnung höchstens durch die eigenen Rivalitäten gehemmt. Nach 1919 hängt das Geschick der Welt von der Zusammenarbeit der europäischen und aussereuropäischen Mächte ab. Seit Ende des zweiten Weltkriegs wird über das Los der Welt in Abwesenheit Europas entschieden (an der Konferenz von Yalta nimmt zwar England teil, doch die entscheidende Rolle wird von den USA und der UdSSR gespielt).

#### 1. DIE VERTEIDIGUNG UNSERER NATIONALEN SOUVERÄNITÄTEN IST NICHT MEHR MÖGLICH

Vor dem letzten Weltkrieg waren England, Deutschland, Frankreich und Italien Mächte erster Ordnung. Sie besaßen eine Bevölkerung von über 40 Millionen und waren stark industrialisiert und organisiert. Sie waren früher in der Lage, die ganze Welt herauszufordern (noch im letzten Krieg stellte Deutschland, verbündet mit Italien und Japan, für die übrige Welt eine ernsthafte Bedrohung dar). Heute sind sie jedoch unfähig, auch nur ihre eigene Verteidigung sicherzustellen. Die europäische Hegemonie wurde abgelöst durch ihre politische und wirtschaftliche Abhängigkeit von den beiden wahren Grossmächten der Gegenwart. Die Gründe dieser Unfähigkeit, sich zu verteidigen, sind materieller und geistig-moralischer Art: 1. der Masstab der Streit-

kräfte hat sich gewandelt und ihre verstärkte Technisierung verlangt eine wirtschaftliche Kapazität, über die kein europäisches Land allein verfügt; 2. die geistig-moralische Erschöpfung und die inneren Zwistigkeiten hindern die europäischen Staaten, die intensiven Anstrengungen zur Verteidigung einer echten Souveränität zu unternehmen.

Dieser Niedergang droht, sich durch das Auftauchen der Kernenergie und ihren Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung und die militärische Macht unserer Staaten weiter zu verschärfen. Auf diesem Gebiet folgt England als einzige europäische Nation, obschon es ebenfalls die Atombombe besitzt, weit hinter den Zwei Grossen. Der Vorsprung der USA erklärt die Gegenwart ihrer Flugzeuge und Atomwaffen in den meisten Ländern des freien Europas und sogar in England.

Diese *Tatsachen* allgemeiner Art beweisen, dass die geteilten Kräfte Europas dem heutigen Masstab der Welt und der beiden führenden Mächte nicht mehr entsprechen. *Sie zwingen uns zur Wahl zwischen der Einigung oder dem endgültigen Zerfall.* Doch diese Alternative ergibt sich ebenfalls aus der politischen Lage der grössten europäischen Nationen.

## 2. GROSSBRITANNIEN

Im Innern bewahrt Grossbritannien ein gesundes parlamentarisches System, eine grosse Opferbereitschaft und eine echte nationale Solidarität. Seine wirtschaftliche und militärische Macht steht jedoch in keinem Verhältnis zu den Erfordernissen des Commonwealth. Trotz ihrer Vitalität sind seine 51 Millionen Einwohner nicht mehr in der Lage, das Commonwealth zu finanzieren und zu verteidigen; diese Verantwortung fällt immer mehr den Vereinigten Staaten zu und vergrössert deren Einfluss. (Beispiel: die Verteidigungsorganisation im Pazifik in Abwesenheit Englands; von 1941 bis 1952 haben die USA 82 Milliarden Dollar ausgeliehen, davon 36 an Grossbritannien; einen entscheidenden Anteil an der Finanzierung grosser Industriewerke in Indien und Kanada; usw.)

Parallel zu dieser Schwächung läuft eine progressive Lockerung der Bande des Commonwealth, die in zahlreichen Fällen nicht einmal mehr eine gemeinsame und einheitliche Aussenpolitik sicherstellen kann. Das Beispiel Indiens ist dafür besonders kennzeichnend: es möchte eine neutrale Dritte Kraft zwischen den beiden Blöcken bilden; es hat eine Grossbritannien entgegengesetzte Haltung vor allem im Koreakrieg, dann aber auch im Suezkonflikt und hinsichtlich Ägyptens im allgemeinen sowie bei der Unterzeichnung des japanischen Friedensvertrages eingenommen.

Trotz dieser wachsenden Fliehkräfte widmet England seinen ausser-europäischen Interessen, getreu seiner Tradition und seinem unmittelbaren Vorteil, sein hauptsächlichstes Augenmerk und gibt ihnen den Vorrang vor

kontinentalen Fragen. Diese Interessen bewirken seine Zurückhaltung gegenüber der europäischen Föderation und wecken vielleicht eine gewisse Furcht vor einer kontinentalen Union, die es während Jahrhunderten bekämpft hat.

Der Zerfall seiner politischen und militärischen Macht, der Verlust zahlreicher Kolonien und die Lockerung der Commonwealth-Solidarität scheinen somit allmählich zur Zersplitterung des britischen Commonwealth beizutragen. (In dieser Hinsicht sind sich Stevenson und Schepilow einig!) Wird England warten, bis sein Reich zerfällt, um sich von der Notwendigkeit des europäischen Zusammenschlusses zu überzeugen? Die Prüfung der Tatsachen lässt seinen Beitritt zur europäischen Union unausweichlich erscheinen. Ob es sich damit abfindet oder nicht, das Los des britischen Volkes ist fortan eng an einen neuen Aufstieg Europas gebunden.

## 3. FRANKREICH

Die innere und äussere Lage Frankreichs bietet das Bild eines fortschreitenden Niedergangs: mangelnde Stabilität der Regierung, Unzahl von Parteien, Macht der kommunistischen Partei (ein Viertel der französischen Wähler stimmt für die KP), Immobilismus und Misstrauen bleiben trotz der gemeinsamen Anstrengungen gegenüber der nationalen Gefahr in Afrika charakteristische Merkmale des Landes. Diese schwere moralische und politische Krise wird noch verschärft durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Frankreichs. Seine Abhängigkeit von aussen, vor allem von den Vereinigten Staaten, die es mehr unterstützen als Deutschland und fast so sehr wie England, wird durch diese Umstände noch vergrössert. Der Verlust zahlreicher Kolonien und seine inneren Schwierigkeiten hindern das Land, die Verantwortung einer Grossmacht zu übernehmen. Seine Innenpolitik ist vom Streben nach wirtschaftlicher Stabilität, politischer Einheit und einer Lösung des Algerienproblems beherrscht, während seine Aussenpolitik durch sein inneres Streben und Zögern sowie Befürchtungen aus jüngerer Vergangenheit belastet wird.

## 4. DEUTSCHLAND

Trotz Bestehens extremistischer Parteien (die kommunistische Partei wurde zwar verboten), hat Deutschland den Vorteil politischer Stabilität und einer dynamischen, arbeitsamen und opferbereiten Bevölkerung von mehr als 50 Millionen.

Zwei wesentliche Ereignisse haben seine Innen- und Aussenpolitik beeinflusst: 1. Es gibt zwei deutsche Staaten, die auf Grund entgegengesetzter Thesen regiert werden; 2. Ostdeutschland verlor Pommern und Ostpreussen (tatsächliche Grenze: Oder-Neisse), weshalb die Politiker — vor allem die des Westens — der Wiedervereinigung besondere Bedeutung zumessen.

Diese hat jedoch wenig Aussicht auf Verwirklichung: die UdSSR widersetzt sich ihr energisch und verlangt — ohne daran zu glauben — die Neutralisierung des wiedervereinten Deutschlands, was die USA aus Verteidigungsgründen nicht zulassen können; der Westen schlägt freie Wahlen vor, die wiederum von der UdSSR aus Furcht vor einem Anschluss Ostdeutschlands an den Westen verweigert werden. Diese Lage kann natürlich nicht ewig dauern. Wenn sich Europa nicht in einem Bund zusammenschliesst und eine gemeinsame, unabhängige Politik ausarbeitet, die es ihm ermöglicht, mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung zu verhandeln, muss sich das aufsteigende Deutschland seinen eigenen Weg bahnen, und zwar trotz der Nachteile, die daraus entstehen könnten.

#### 5. NATIONALE INTERESSEN UND EUROPÄISCHES INTERESSE

Die unmittelbaren Interessen, vor allem Frankreichs und Deutschlands, fordern somit die Schaffung eines vereinten Europa und bilden die notwendige Grundlage für seinen Aufbau. Untereinander gespalten, werden beide Länder unfähig bleiben, ihre Unabhängigkeit zu sichern (für die kleineren Staaten gilt dies um so mehr). Sie sind dazu verurteilt, immer mehr zum blossen Instrument der Politik der zwei Grossen zu werden.

Eine Zusammenlegung und rationelle Ausbeutung der Kräfte Europas würde — in Zusammenarbeit mit Italien und den anderen europäischen Ländern, die ein Interesse an einer ausgeglichenen Union haben: 1. die Wiedervereinigung Deutschlands erleichtern, ihm ein weites Feld zur wirtschaftlichen Expansion verschaffen, seiner Industrie eine europäische Mission und dem deutschen Volk ein dauerhaftes politisches Leben vermitteln; 2. Frankreich durch die Bildung einer dynamischen Gemeinschaft von seinen Befürchtungen erlösen, seinen verschütteten Ehrgeiz und neues Vertrauen in dieses Land wecken und somit zu seiner inneren Gesundung und einer Lösung seiner aussenpolitischen Probleme beitragen (vor allem zu einer europäischen Lösung in Algerien); 3. friedliche Lösungen der Probleme fördern, die noch zwischen den europäischen Staaten bestehen (Beispiel: die Saar); 4. den notwendigen Beitrag für eine europäische Politik Grossbritanniens liefern, das dank eines vereinten Europa auf lange Sicht eine Lösung für seine wachsenden Schwierigkeiten finden könnte; 5. Europa zu einer Macht im Masstab der zwei Grossen werden lassen, die fähig wäre, eine unabhängige, entschlossene und kontinuierliche Politik in Übereinklang mit seinen Interessen und Idealen zu führen.

Nach den Ereignissen in Indochina, Zypern und Algerien hat die Suezkrise in besonders tragischer Weise die Abwesenheit Europas unterstrichen. Als unsere Länder mehr als je der Solidarität und der Kraft bedurften, wurde deren Fehlen verschärft empfunden. Die Suezkrise hat der Welt gezeigt, dass erstens die europäischen Staaten unfähig sind, allein oder zu zweit ihre vitalen Interessen zu wahren; zweitens, dass die Vereinigten Staaten (und sogar ihre

Präsidentschaftswahlen) einen entscheidenden Einfluss auf die europäischen Staaten ausüben; drittens, dass es höchste Zeit ist, die Einigung Europas herbeizuführen, um in Zusammenarbeit mit den USA, aber nicht unter deren Oberbefehl, eine eigene europäische Politik zu entwickeln.

Allein ein geeintes Europa wäre in der Lage, die Waagschale der internationalen Politik zugunsten der europäischen Staaten ausschlagen zu lassen.

#### 6. EUROPA IN DER MINDERHEIT

Der Spaltung Europas und seinem Mangel an Solidarität entspricht die abnehmende Bedeutung der europäischen Staaten in den internationalen Organisationen und vor allem in der UNO. Einerseits handelt es sich dabei um eine zahlenmässige Schwächung: während Europa im Völkerbund über 28 von insgesamt 58 Stimmen verfügte, besitzt es in der UNO von 82 nur 27 Stimmen (wovon 10 mit der UdSSR stimmen). Andererseits sind die europäischen Staaten im Gegensatz zur Solidarität der südamerikanischen oder arabischen Länder (die deshalb über einen beträchtlichen Einfluss in der Generalversammlung verfügen) in zwei entgegengesetzte Gruppen getrennt; die Gruppe der westeuropäischen Staaten zerfällt ferner noch unter sich wegen Sonderinteressen ohne Zukunft. So bleibt die Stimme Europas auf Grund seiner ideologischen Gegensätze in der UNO schwach. Es wird oft als Minderheit betrachtet; die Macht einiger seiner Einzelstaaten löst sich auf universeller Ebene in Bedeutungslosigkeit auf. Auch hier ist somit ein vereintes Europa dringend notwendig. Denn wenn man sagt, Europa habe wegen seiner einzelstaatlichen Zersplitterung sein Prestige verloren und stelle nur noch eine Minderheit dar, heisst dies, dass seine Staaten nicht mehr in der Lage sind, seine potentielle Macht geltend zu machen, die nur durch einen föderativen Zusammenschluss wieder zu einer allgemein sichtbaren Tatsache werden könnte.

Einige nie genug zitierte Zahlen mögen zeigen, dass unsere Nationen nicht mehr dem heutigen Weltmasstab entsprechen, gemeinsam aber eine beachtliche Stärke aufweisen. Gegenüber 50 Millionen Engländern oder Deutschen, 43 oder 48 Millionen Franzosen oder Italienern (um nur unsere grossen Staaten zu nennen) erscheinen die USA als ein Block von 166 Millionen, die UdSSR von 200 Millionen. Doch allein westlich des Eisernen Vorhangs vereint Europa bereits 330 Millionen, also das Doppelte der USA. Zusammen mit den noch satellisierten Ländern Osteuropas würde Europa 435 Millionen zählen, d. h. mehr als doppelt soviel als die Sowjetunion. Dieser quantitativen Überlegenheit Europas entspricht seine qualitative Überlegenheit (geistiges Niveau, Erfindungsgeist, Fähigkeit der Arbeiterschaft usw.). Die Produktion Europas stellt immer noch 33% der industriellen Weltproduktion dar (1914 waren es 52%!) gegen 41% der USA und 16% der UdSSR. Das menschliche und produktive Potential Europas bestimmt es somit für eine beachtliche Stellung in

der Welt. Die objektiven Bedingungen sind vorhanden, doch die politischen Trennungslinien verhindern ihre wirksame Nutzung.

## 7. DIE ERSTEN EUROPÄISCHEN ORGANISATIONEN

Ist jedoch Europa nicht im Begriff, sich zu einigen? Gibt es nicht bereits « eine derartige Anzahl europäischer Organisationen, dass man sich darin gar nicht mehr auskennt »?

Praktisch ist eine einzige davon mit einer wirklichen, wenn auch beschränkten Macht ausgestattet. Die anderen haben nur beratende Funktion. Die Liste ist schnell erschöpft.

a) Der *Europarat* gruppiert 15 europäische Staaten und strebt nach einem gemeinsamen Rahmen für die europäische Politik; er schliesst seine Mitglieder auf der Grundlage einer gemeinsamen Ideologie zusammen (vgl. die Präambel der Charta). Seine Beratende Versammlung setzt sich aus Delegierten der einzelnen nationalen Parlamente zusammen, die ohne Instruktionen handeln, und bildet ein nützliches, lebendiges und repräsentatives Forum. Dieses potentielle europäische Parlament hat jedoch nur eine beratende Rolle zu spielen. Seine Empfehlungen gehen an den Ministerausschuss, ein zwischenstaatliches, auf der Einstimmigkeit aufgebautes Organ, das nur über eine Empfehlungsbefugnis gegenüber seinen Mitgliedern verfügt. Stufenweise wird der Europarat auf eine rein theoretische Rolle ohne jede verpflichtende Gewalt beschränkt. Es scheint, als ob alles vorgesehen worden sei, um seine Befugnisse zu schwächen und allein die Interessen der nationalen Souveränität seiner Mitglieder zu wahren. Trotzdem erfüllt der Rat eine nützliche Funktion als Koordinator und Förderer der Einigung, wovon vor allem die Schaffung der Montanunion, die Erweiterung des Brüsseler Vertrages, die Konvention der europäischen Menschenrechte und zehn weitere, von ihm ausgearbeitete und von seinen Mitgliedern verwirklichte Verträge zeugen.

b) Die Verteidigungsbedürfnisse Europas werden zum Teil von der NATO (mit amerikanischer und kanadischer Beteiligung) und der *Westeuropäischen Union* (die Sechs der Montanunion und England) gedeckt. Ihre Versammlung wird von Delegierten der sieben Länder, die bereits in der Versammlung des Europarates sitzen, gebildet. Die WEU ersetzt die Integration der Grundeinheiten (die von der EVG vorgesehen wurde) durch die Koordinierung der Nationalarmeen. Das übernationale Organ, das die EVG hätte leiten sollen, ersetzt sie durch einen Rat von Regierungsdelegierten, die ausser in Ausnahmefällen ihre zwar obligatorischen, aber nur mit verschwommenen Sanktionen untermauerten Beschlüsse einstimmig fassen müssen. Die WEU gibt somit den nationalen Souveränitäten erhebliche Garantien auf Kosten einer wirkungsvollen Verteidigung.

c) Auf wirtschaftlichem Gebiet entspricht die OEEC der NATO. Sie assoziiert Amerika und Kanada mit einer zwischenstaatlichen Zusammenarbeit (die zwar obligatorische Beschlüsse fassen kann, zu deren Ausführung ihr jedoch keine praktischen Machtmittel zur Verfügung stehen).

d) In einem besonderen Sektor der Volkswirtschaft und auf beschränktem Gebiet (Europa der Sechs) vollzieht die *Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (Montanunion) ein aufschlussreiches Experiment. Ihre wichtigsten Befugnisse sind der Hohen Behörde anvertraut, die ihre Funktion völlig unabhängig ausübt (9 Mitglieder, die von den Regierungen ernannt werden, aber von diesen keine Instruktionen erhalten). Ihre Beschlüsse haben auf dem Gebiet der Mitgliedstaaten obligatorische Wirkung und werden mit einfacher oder qualifizierter Mehrheit gefasst. Die Versammlung der Gemeinschaft kontrolliert die Hohe Behörde und kann sie zum Rücktritt veranlassen. Die politischen Folgen dieses Experiments sind beachtlich: durch die Steigerung der Produktion verstärkt die Gemeinschaft die *effektive* Macht und somit die politische Unabhängigkeit ihrer Mitglieder; sie übt eine stimulierende Wirkung auf Löhne und Lebensniveau aus; sie fördert die Einigung Europas, indem sie die doppelte Notwendigkeit einer Erweiterung der Aktion (durch Einbezug anderer Wirtschaftszweige und weiterer Mitglieder) und einer vermehrten Sicherung dieser Aktion durch eine solide politische Grundlage veranschaulicht. Der Reingewinn, den sie heute aufweist, ist der beste Beweis der Zukunftsmöglichkeiten der europäischen Einigung.

Durch ihr Scheitern oder ihren Erfolg, mit oder ohne praktische Befugnisse, zeigen diese Organisationen wenigstens den Weg, der zur Schaffung *echt föderativer gemeinsamer Institutionen* führen muss.

## SCHLUSSFOLGERUNG

Die europäischen Nationen haben die beiden wesentlichen Merkmale einer wahren Souveränität unwiderruflich verloren: sie können sich weder allein verteidigen, noch allein über ihre Aussenpolitik entscheiden. Die Einigung ist somit unerlässlich, wenn Europa zwischen den zwei grossen Reichen in West und Ost die Unabhängigkeit wieder erlangen will, die seine einzelnen Nationen verloren haben. Allein ein geeintes Europa ist stark genug, um zu verhandeln, zusammenzuarbeiten, zu beeinflussen, d. h. um *eine gemeinsame Aussenpolitik* zu planen und durchzuführen.